Centralbureau der Deutschen Fortschrittspartei, Berlin SW., Königgrätzerstraße 47.

Landtagswahl-Korrespondenz

Nr. 5.

Ausgegeben Berlin, den 11. September 1879.

☞ Im Interesse unseres Wahlfonds bitten wir die Abonnenten der Parlamentarischen Korrespondenz, den Mehrbetrag an Kosten, welche die Zusendung der Wahlkorrespondenz verursacht, im ungefähren Betrage von 1 Mark für 1 Exemplar, 10 Mark für 11 Exemplare, 15 Mark für 17 Exemplare, 20 Mark für 25 Exemplare, 40 Mark für 60 Exemplare, 60 Mark für 100 Exemplare gefälligst sofort abzusenden an den

Abgeordneten Hugo Hermes, Berlin C, Neue Promenade 3.

Neue Broschüre.

Neben dem alphabetischen Handbüchlein „Der liberale Wähler" ist für die Wahlagitation soeben erschienen: **„Der Kampf gegen die Reaktion, und die bevorstehenden Landtagswahlen".** Rede des Abg. Eugen Richter, gehalten am 4. September in der Versammlung des liberalen Wahlvereins zu Stettin; pro Expl. 15 Pf. In Partien von 50 Expl. und mehr 10 Pf.

☞ Die Parteigenossen werden ersucht, von gegnerischen Flugblättern je 2 oder 3 Exemplare dem Centralbureau einzusenden, sobald sie deren ansichtig werden.

Was will das feudale Kleinjunkerthum?

I.

Die sogenannten Agrarier sind im letzten Reichstag durch das Schutz- und Trutzbündniß mit den Ultramontanen und mit der Großindustrie der Eisenbarone und Spinnerkönige und ihrer vergründeten Aktiengesellschaften plötzlich zu großem Einfluß gelangt, sie haben durch indirekte Abgaben und Steuern dem deutschen Volke **130 Millonen Mark Lasten** auferlegt, die vorzugsweise die unteren Volksklassen treffen. Jetzt wollen sie das Eisen schmieden, da es noch warm ist; jetzt gilt es, im Preußischen Abgeordnetenhause die konservativ-klerikale Mehrheit zu beschaffen, um das begonnene Werk der Reaktion, Wiederherstellung der Adels- und Pfaffenherrschaft in Staat, Kirche und Schule, der Vollendung näher zu bringen.

Mit Flugblättern „der Steuer- und Wirthsschaftsreformer" überschwemmen sie das Land, mit Flugblättern, deren Inhalt in Lug und Trug, in Verhetzungen der einzelnen Volksklassen gegen einander alles übertrifft, was jemals sozialdemokratische Wühler und Hetzer in Wort und Schrift zur Untergrabung des Friedens im Volke geleistet haben. Für diese Flugblätter, deren Verfasser nicht genannt sind, erklären sich verantwortlich der frühere Reichstagsabgeordnete Rittergutsbesitzer C. von Watzdorf auf Wiesenburg (Kreis Zauch-Belzig) und der in Pommern oder der Mark wohnhafte Graf F. von Behr, welche beide die bankerotten Aktienschöpfungen Niendorf's, des verstorbenen Stifters des Agrarierbundes, ersterer die „Deutsche Landeszeitung", der andere die Verlagshandlung und Druckerei derselben gekauft haben.

Die Flugblätter dieser pietistischen Kleinjunker*) ergehen sich in Schimpfen und Schmähen eines Jeden, der ihre Weltverbesserungspläne anzuzweifeln wagt.

Gleich als könnten sie aus Heckerling Gold machen, sagen sie keck und unverzagt, ihre neue Wirthschaftspolitik solle die vergangene Zeit „ändern, wo die Masse der Bevölkerung in arme Leute verwandelt und der Reichthum immer massenhafter in einzelnen Händen angesammelt wurde"; die Liberalen, die jener Politik widerstreben, werden beschuldigt, „das Interesse der großen Geldbesitzer, von denen sie abhängig sind", zu vertreten, — ihre „Hauptbeschäftigung hätte sonst darin bestanden, arme Leute zu machen", „Freibeuter und Geldwucherer" werden sie geschimpft; „Volkswohlthäter, die durch Wucherthum und Freibeuterthum, durch Damno und Provisionen, durch Hypothekenkündigungen und Subhastationen die Ertragsfähigkeit des Grundbesitzes unter die Produktionskosten herunterzudrücken und die geringen verbleibenden Erträge in die eigene Tasche zu leiten verstanden".

Wie kommen die Herren von Watzdorf und Graf Behr auf den Gedanken, ihre aristokratischen Namen zu solchen Lügen und Verleumdungen herzugeben?*)

Aber wie wollen denn die pietistischen Kleinjunker es fertig kriegen, alle Welt wohlhabend und glücklich zu machen?

Der sachliche Kern ihrer Versprechungen, wie er sich in ihren Flugblättern darstellt, ist in Betreff der Arbeiter, Handwerker und Kleingewerbtreibenden folgender:

Sie vertrösten dieselben damit, die Vertheuerung der nothwendigen Lebensmittel durch die 130 Millionen Mark neuer Steuern schade ihnen nicht, denn nach Lassalles „bekanntem ehernen Lohngesetz" käme die Ermäßigung der Preise der nothwendigen Lebensbedürfnisse nicht dem Gewerbebetrieb und der Arbeit, sondern nur der freibeuterischen Konkurrenz und der ausbeutenden Spekulation zu Gute. Die Vertheuerung sei ganz gering gegen das, was die „agitirenden Spekulanten" in ihre Taschen steckten. Beim Brod und Fleisch mache letzteres für Deutschland eine Milliarde Mark, also 1,000,000,000 Mark!

Der „Zwischenhandel" zwischen den Konsumenten und dem Gutsbesitzer, der das Korn erntet und den Ochsen mästet, soll in Zukunft ganz fortfallen. Das klingt herrlich, aber werden denn unsere Getreide bauenden, Vieh züchtenden Kleinjunker sich künftig damit beschäftigen, den Arbeitern und Handwerkern die gebratenen Tauben in den Mund zu zaubern, oder wenigstens direkt Brod und Butter auf den Frühstückstisch und das Rindfleisch in den Kochtopf zu liefern?

Nein, so verwegen sind sie doch nicht, — sie huldigen hier lieber den Lehren der Sozialdemokraten Most und Hasselmann: der **Staat**, der **feudal-sozialistische Staat**, der genau wie der kommuni-

---

*) Die tollsten Produkte sind bisher Nr. VI. „An die ländlichen und städtischen Grundbesitzer" (Beilage zur Deutschen Landeszeitung vom 4. September) und VII. „Wahlaufruf, ein Mahnwort an die Handwerker und kleineren Gewerbtreibenden."

*) Herr von Watzdorf sollte wenigstens wissen, daß das Großkapital mit seinen Interessen auf seiner politischen Seite steht. War er doch Jahre lang im Reichstag Fraktionsgenosse des konservativen Herrn Strousberg und anderer Eisenbahngründer, Prinz Biron von Curland, Geh. Rath Wagener-Neustettin, Graf Lehndorf, von den freikonservativen Rumäniern und Herrn von Kardorff zu schweigen; saß doch dazumal auch Herr Baron von Rothschild im Reichstag, zwar nicht in der konservativen Fraktion, aber stets mit Herrn von Watzdorf und den andern Konservativen stimmend.

Unter den 62 Abgeordneten, die in der letzten Session des preußischen Abgeordnetenhauses der Fraktion der deutschen Fortschrittspartei angehörten, befanden sich mindestens 39 Grundbesitzer, 15 zählten nach der alten Eintheilung zu den Rittergutsbesitzern, 9 zu bäuerlichen Grundbesitzern, und 16 hatten städtisches, zum Theil ganz werthvolles Grundeigenthum, auch wenn sie im bürgerlichen Leben Professoren, Aerzte, Beamte u. dgl. waren.

stische Alles weiß und Alles versteht und Alles kann, soll entweder den **Getreidehandel und Fleischhandel selbst in die Hand nehmen**, oder er soll die Brod- und Fleischtaxen einführen, also den Bäckern und Fleischern vorschreiben, wie theuer sie verkaufen sollen. Dann nämlich sind, ungeachtet der Zölle, den Konsumenten — so versichern die Herren von Watzdorf und Graf Behr trotz Most und Hasselmann — sehr viel niedrigere Preise als jetzt gesichert!

Außerdem giebt es selbstverständlich für den Handwerker aus den Reichsüberschüssen einigen Erlaß an direkten Steuern, auch bekommt er herrliche Zwangsinnungen und — das schändliche ausländische und inländische Kapital wird ihm ganz ferngehalten, es wird gehindert „ihn auszubeuten".

O du glückseliger Preußischer Arbeiter und Handwerksmann, freue Dich! Wenn du in Tabak, Petroleum, Kaffee, Brod, Fleisch, Schmalz, Kleidung und Handwerkszeug vielleicht das Zehnfache Deiner jetzigen direkten Steuern, künftig an indirekten Steuern verausgaben mußt, sei nicht kleinmüthig und verzagt! Die pietistischen Kleinjunker stehen Dir dafür ein, daß Dir etwas Klassensteuer erlassen wird, — sie werden ferner den schändlichen Zwischenhandel bei den Lebensmitteln abschaffen und wenn sie die Staatsgewalt in ihre Hände bekommen, Dir durch die **Staatspolizei** Brod und Fleisch billig liefern; sie werden es durchsetzen, daß Dir **lieber gar kein Kapital als zu Wucherzinsen** zufließe. Aber das nicht genug, — sie werden besorgen, daß nach Abschaffung der Zivilehe und nach Einführung der Zwangstaufe Deinen Kindern der alleinseligmachende Glaube des unfehlbaren Papstthums oder aber, je nach der Konfession, der hochorthodoxen Pastorenkirche unverfälscht eingetrichtert werde, damit dieselben nicht zu viel lernen, sondern gläubige geduldige Agrarierwähler werden, und nimmermehr in die Schlingen des Satans, das heißt der verdammten liberalen Aufklärer fallen.

— **Also vorläufig denkt die Regierung nicht an Steuererlasse.** In voriger Woche hat Geh. Regierungsrath von Brauchitsch vor seinen Wählern in Deutsch-Crone einen Vortrag über seine politische Stellungnahme gehalten. Herr von Brauchitsch ist vortragender Rath im Ministerium des Innern und über alle Vorgänge im Staatsministerium als Vertrauensmann der Minister vortrefflich unterrichtet. Herr von Brauchitsch nun hat in dieser Wahlrede seinen Wählern keinen Hehl daraus gemacht, daß trotz der 130 Millionen Mark neuer indirekter Steuern eine Entlastung in den direkten Steuern keinesfalls in den ersten drei Jahren schon eintreten könne. Gleichzeitig verlautet, daß das mit dem 1. April d. J. abgelaufene preußische Finanzjahr infolge des Rückgangs der Einnahmen aus den Staatseisenbahnen mit einem Defizit abgeschlossen hat, über dessen Höhe sich nichts Sicheres in Erfahrung bringen läßt. Der Betrag wird geheim gehalten, obgleich der vollständige Kassenbeschluß bereits am 20. Juni erfolgt ist. Obwohl auch die Aufstellung des neuen Etats pro 1880/81 bereits in den Ministerien im vollen Gange ist, verlautet auch nicht das Mindeste darüber, daß bei der Veranschlagung der Einnahmen dieses Etats auch nur auf den kleinsten Steuererlaß Rücksicht genommen wird.

Wahlnachrichten.

Der nationalliberale Aufruf, an dessen Abfassung ohne Zweifel der Abg. Miquèl sich hervorragend betheiligte, hat die Zerfahrenheit der nationalliberalen Partei bis jetzt nicht verringert. Nur die eine Wirkung scheint er gehabt zu haben, daß er innerhalb der Partei alle diejenigen, welche den Appell Forckenbeck's an das freie thatkräftige deutsche Bürgerthum, seine Hoffnung auf die Entwickelung einer großen liberalen Partei mit Freude begrüßten, in den Hintergrund geschoben, dagegen allen denjenigen, die für engen Anschluß an die Konservativen bestrebt waren, Muth gemacht hat, die Partei trotz alledem in das Fahrwasser zu bringen, in das es die Herren Schauß, Treitschke, Völk zu steuern versuchten. Einen Belag dafür bildet der große Leitartikel, den am 7. Sept. die Nationalzeitung brachte. Derselbe hob vorweg hervor, daß sich der Wahlaufruf der nationalliberalen Partei mit dem der freikonservativen und der neukonservativen Partei in manchen Punkten berühre. Diese Uebereinstimmung sei sehr erklärlich. „Jene drei Parteien haben einen nennenswerthen Zeitraum gemeinsamer Arbeit hinter sich. Sie sind vereinigt gewesen zu gemeinschaftlichem positiven Schaffen. Die Reihe der neuen Verwaltungsgesetze, die zu Stande gekommen sind, die Reihe der kirchlichen Gesetze, die Justizgesetze verdanken ihre Entstehung einer Verständigung zwischen diesen Parteien."*) Natürlich schließt daran die Hoffnung, daß demnächst die drei Parteien bald ihre unterbrochene gemeinschaftliche Thätigkeit wieder fortsetzen werden, da die Verhältnisse unseres Landes eine Scheidung in eine Rechte und eine Linke nicht zuließen.

Muß man diesen Leitartikel als eine direkte Absage der Nationalzeitung an Forckenbeck und seine Städtetagsrede ansehen, so zeigt sich die Planmäßigkeit des Vorgehens in den gleichzeitigen und gleichartigen Besprechungen des Aufrufs in dem „Schwäbischen Merkur", dem württembergischen Organ der ausgeschiedenen vormals Nationalliberalen; hier wird hervorgehoben, daß ein innerer Widerspruch, der jene drei Parteien an einer Verständigung hindere, gar nicht existire, daß der Gegensatz zwischen liberal und konservativ nur in dem bestehe, was die Neukonservativen zu den Altkonservativen und einen Theil der Nationalliberalen zu der Fortschrittspartei hinüberziehe. — In weiterer Steigerung predigt dann das Organ der schleswig-holsteinischen sogen. Nationalliberalen, daß sich bei den Wahlen die gemäßigten Liberalen mit konservativen Elemente zu verbünden haben u. s. w.

Gleichsam als sei in diesen Anschauungen die neue Parole niedergelegt, treten nun sofort die Nationalliberalen westlich der Elbe demgemäß auf. In der Provinz Sachsen erläßt von Halle a. S. aus eine aus nur wenigen Wahlkreisen beschickte Versammlung nationaler liberaler Abgeordneter und Vertrauensmänner eine Ansprache an die liberalen Wähler, klagt über die Entlassung Hobrecht's und Falk's, schweigt von der Verstaatlichung der Eisenbahnen, hebt hervor, daß diese Provinz dem Geiste besonnener Freisinnigkeit entsprechend in den Landtag meist Nationalliberale und nur vereinzelte Abgeordnete „von links und rechts" entsendet habe und fordert auf, für die Wahl „von besonnenen und freisinnigen Männern" zu wirken. Der Aufruf ist vom Reichstagsabgeordneten Professor Boretius, der im Reichstage noch rechts von Bennigsen für Petroleum- und Kaffeegut stimmte, entworfen worden und, wie uns nationalliberale Blätter verrathen, hat man die besonderen Angriffe gegen die Fortschrittspartei gnädiglich herausgestrichen.

Die nationalliberalen Wähler der Provinz, soweit sie den Richtungen Miquèl, oder Bennigsen, oder Treitschke angehören, verstehen zwischen den Zeilen zu lesen; bis jetzt erfahren wir nicht, daß jene in der Provinz mehrfach vorgekommenen sonderbaren Bündnisse mit Konservativen auf gemäßigt konservative Abgeordnete, wodurch 1877 und 1878 den Nationalliberalen eine wachsende Zahl Reichstagsmandate abhanden gebracht wurde, gekündigt sind, dahingegen hören wir von großem Eifer, der Fortschrittspartei die letzten Sitze in der Provinz zu nehmen. Nun, die vielen wirklich liberalen Männer in der nationalliberalen Partei werden hoffentlich noch zeitig genug begreifen, daß die Parole Treitschke's: „Lieber konservativ als fortschrittlich!", die Parole, unter der Gneist jetzt glücklich in dem von ihm seit 1862 vertretenen Wahlkreise bis zum konservativen Kandidatensitz gerutscht ist, nur die nationalliberale Partei, nicht aber die Fortschrittspartei ruiniren kann.

— **Berlin**, 9. September. (Aus dem I. Berliner Landtags-Wahlbezirke.) Die Wahlbewegung in unserem Wahlbezirke kommt in Fluß. Der liberale Verein des Halleschen Thorbezirks hielt gestern Abend im Rothacker'schen Saale eine Versammlung ab, die sehr zahlreich besucht war. In derselben hielt Herr Abgeordneter Ludwig Löwe einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über die bevorstehenden

---

*) Diese Darstellung ist nicht einmal wahr, die Kreisordnung [illegible] und das Schulaufsichtsgesetz — bei letzterem war die Führung bei der Fortschrittspartei — waren ohne die Fortschrittspartei nicht zu Stande zu bringen; sie zersprengten die konservative Partei und gaben dadurch erst Veranlassung zur Entstehung der neukonservativen Partei.

Wahlen. Nach Beendigung des Vortrages ging man zur Wahlorganisation selbst über. Es wurde für die zum Bezirksvereine gehörigen Stadtbezirke je ein Obmann und für jeden dazu gehörigen Urwahlbezirk mehrere Vertrauensmänner ernannt, welche die weiteren Vorbereitungen treffen sollen; freiwillige Meldungen von Vertrauensmännern werden von den Obmännern gern entgegengenommen. Da in einzelnen Urwahlbezirken die III. Abtheilung durch die Sozialdemokraten stark gefährdet ist, wurde zu erhöhter Wachsamkeit aufgefordert.

— Im **vierten Berliner** Wahlkreise fand am Sonnabend zur Berathung über die Wahlorganisation unter dem Vorsitze des Stadtverordnetenvorstehers Abg. Dr. Straßmann eine Versammlung von Vertrauensmännern der Fortschrittspartei statt. Es wurde unter Anderm empfohlen, dahin zu wirken, daß als Wahlmannskandidaten nur solche Männer in Vorschlag gebracht werden, von deren politischer Festigkeit man überzeugt ist und die sich auf das Programm der Fortschrittspartei verpflichten. Von Nominirung der Kandidaten sah man ab, da man dies den Wahlmännern überlassen will. In demselben Wahlkreise hielt der Abgeordnete Stadtgerichtsrath Dr. Eberty im Bezirksverein des Heinrichsplatzes einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Aufgaben des Abgeordnetenhauses in der nächsten Legislaturperiode.

— **Berlin.** Für unsere gesammte politische Lage war der Verlauf einer Wählerversammlung der Zentrumspartei am letzten Sonntage recht bezeichnend. Nachdem der Landtagsabgeordnete Cremer in neuer Auflage eine Judenhetz-Rede geredet hatte, theilte der Vorsitzende Grund, der Verleger der Germania, mit, daß in einer kombinirten Vertrauensmänner-Versammlung ein Zusammengehen mit den andern konservativen Parteien beschlossen worden sei.

— Für den Wahlkreis **Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg** hat am 6. September unter dem Vorsitz des Dr. med. Greve eine Versammlung der liberalen Wahlmänner und Wähler des Wahlkreises zu Tempelhof stattgefunden. In derselben haben die beiden Abgeordneten Klotz und Dr. Cohn über die verflossene Legislaturperiode Bericht erstattet. Nach der Versammlung wurde die ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei abgehalten, die aus allen Theilen des Wahlkreises stark besucht war. Hier wurde auf Vorschlag des Reichstagsabgeordneten Wöllmer, der selbst ein Mandat zum Abgeordnetenhause entschieden ablehnte (vergl. Nr. 1 der Landtagswahl-Korrespondenz) einstimmig beschlossen, 1) den Abgeordneten Klotz wiederzuwählen, und 2) an Stelle des Dr. Cohn den Rittergutsbesitzer von Türck auf Türckshof bei Potsdam aufzustellen. Dieser im Kreise angesessen und dem Wahlverein der deutschen Fortschrittspartei als Mitglied angehörig, erklärte in kurzen, kernigen Worten, daß er bereit sei, dem Vertrauen seiner Mitbürger zu entsprechen. Derselbe, ein Mann von bald siebenzig Jahren, ist durch sein gemeinnütziges Wirken für Landeskulturzwecke, insbesondere für Fischzucht, Seidenbau, Bienenzucht in weiten Kreisen des Landes ehrenvoll bekannt und bietet in seiner Person einen vollgültigen Beweis, daß unsere Partei, welcher von ihrer Entstehung an bis auf den heutigen Tag die überwiegende Zahl der größeren und mittleren Grundbesitzer der Provinz Ostpreußen treu geblieben ist, auch unter den Gutsbesitzern der Mark Brandenburg trotz aller agrarischen Hetzereien feste und zuverlässige Anhänger zählt.

Im Wahlkreise **Oberbarnim-Niederbarnim** gehen die Liberalen in erfreulicher Weise zusammen. In einer am Sonntag im Berliner Schützenhause abgehaltenen Versammlung der liberalen Wähler des Wahlkreises Niederbarnim wurde der von den Oberbarnimer Wählern präsentirte Kandidat Kreisgerichtsrath Schrödter (nationalliberal) acceptirt, und von dem Niederbarnimer Kreise Kreisgerichtsrath Peschel (Berlin) [Fortschrittspartei] aufgestellt. Beide Kandidaten haben die Kandidatur angenommen. Zur Aufstellung eines dritten Kandidaten, über welchen mit Oberbarnim eine Einigung erzielt werden soll, wurde eine Kommission von 7 Vertrauensmännern niedergesetzt.

— Im Wahlkreise **Lennep-Solingen** hat die Mehrheit der sich nationalliberal Nennenden, die schon bei der letzten Reichstagswahl den freikonservativen Landrath Melbeck gewählt haben, ein Zusammengehen mit der Fortschrittspartei abgelehnt. Sie werden sich mit den Konservativen einigen, die bisherigen Abgeordneten von Cuny, einen Gesinnungsgenossen Gneist's und den Geheimen Kommerzienrath Heimendahl wiederzuwählen, an dritter Stelle aber einen Konservativen. Die Fortschrittspartei hofft, den Wahlkampf mit den wirklich liberalen Nationalliberalen vereint zu bestehen.

— **Ostpreußen.** Eugen Richter hat in Tilsit am Sonntag Nachmittag vor einer auch von vielen Landleuten besuchten Versammlung von 600 bis 700 Personen unter dem Vorsitz des Gutsbesitzer Möller-Margen gesprochen, — am Montag in Memel vor 700 bis 800 Wählern in einer Versammlung, welche der Stadtverordnetenvorsteher Zacher (früher fortschrittlicher Abgeordneter) leitete. In beiden Versammlungen wurde er mit lebhaftem Beifall empfangen, der sich während des Vortrages dergestalt steigerte, daß an einer einmüthigen Zustimmung der Versammelten zu den vorgetragenen Ansichten nicht zu zweifeln ist. Landrath Schlenther hatte übrigens die Aufnahme eines Inserats über die Wählerversammlung im Kreisblatt untersagt. — Nach einem Telegramm ist auch die Wählerversammlung zu Wehlau am Dienstag, den 9., bei starkem Besuch aus Stadt und Land, zur großen Befriedigung unserer Freunde verlaufen. — Eugen Richter hat seinen Reiseplan noch erweitert, er wird am Sonnabend (13. Sept.) Abend in Bartenstein — Wahlkreis Rastenburg-Gerdauen-Friedland (Kandidaten: Röstel, nat.-lib., und Behrend, Fortschr.) — und am Sonntag (14. Sept.) Nachmittag in Osterode — Wahlkreis Osterode-Neidenburg — sprechen.

— **Osterode-Neidenburg.** Von unseren bisherigen fortschrittlichen Abgeordneten nimmt Kreisgerichtsdirektor Reinberger diesmal leider keine Wahl an, da er zum 1. Oktober nach Allenstein versetzt wird. Statt seiner ist der Gutsbesitzer Weißermel-Döhringen ins Auge gefaßt. Der Präsident des Provinziallandtags, Rittergutsbesitzer von Kraatz-Wiersbau wird voraussichtlich eine Wiederwahl annehmen. — Die Konservativen haben in einer Vertrauensmänner-Versammlung am 30. August zu Hohenstein als Kandidaten den Major a. D. und Gutsbesitzer Rohde auf Horst, Kreis Neidenburg, aufgestellt. Der letztere war im Herbst 1876 bei der Abgeordnetenwahl liberaler Mitbewerber. Er bezeichnete sich selbst als nationalliberal, mißfiel aber namentlich, weil er in schroffer Weise erklärte, er würde auch dann von seiner Kandidatur nicht zurücktreten, wenn die Majorität der liberalen Wahlmänner sich gegen ihn aussprächen. Bei Vorlegung seines Programms erklärte er damals, im allgemeinen auf dem Standpunkt Lasker's und in Finanzfragen auf dem Eugen Richter's zu stehen. Als er durchgefallen war, wandte er sich mit mehreren Anderen, die sich als gemäßigt liberal bezeichneten, zur konservativen Partei. Bei der letzten Reichstagswahl hat er für den konservativen Reichstagsabgeordneten Becker nach Kräften gewirkt und seinen amtlichen Einfluß geltend gemacht. Er besitzt in einem Theile des Kreises Neidenburg einigen Einfluß, namentlich weil er erklärte, sich für die Lage der Volksschullehrer zu interessiren, und sich in einer Volksversammlung in selbstbewußtem Auftreten brüstete „ein Kind der Volksschule" zu sein.

— **Mohrungen-Pr. Holland.** Die Eintheilung der Urwahlbezirke ist so wenig mit den Vorschriften des Reglements übereinstimmend und ist in den Abänderungen so sehr der konservativen Partei günstig, daß im Fall eines konservativen Sieges schon jetzt die Anfechtung der Wahl wegen ungesetzlicher „Wahlgeometrie" in Aussicht gestellt wird.

— **Nordhausen.** In unserem Wahlkreise, wo bisher die Nationalliberalen mit der Fortschrittspartei zusammengingen und hierdurch sowohl bei den letzten Landtagswahlen wie bei der Reichstagswahl die Konservativen, wenn auch mit geringer Majorität, geschlagen wurden, ist jetzt durch das Verschulden einzelner nationalliberaler Stimmführer Gefahr vorhanden, daß die Konservativen den Sieg davon tragen. In einer am Donnerstag zu Nordhausen abgehaltenen liberalen Wählerversammlung, in welcher der bisherige, der Fortschrittspartei angehörige Abgeordnete Mühlenbeck, welcher diesen Wahlkreis bereits drei

Wahlperioden hindurch zur vollkommenen Zufriedenheit vertreten hat, Bericht erstattete über die letzte Session und sodann die Aufgaben der nächsten Landtagsperiode besprach, erklärte Dr. Wittmeyer, angeblich Namens der nationalliberalen Partei, daß sie diesmal nicht für Mühlenbeck stimmen würden, zwar hätten sie persönlich gegen Mühlenbeck und seine parlamentarische Thätigkeit Nichts einzuwenden, sie wollten ihn lediglich deshalb nicht wählen, weil er — der Fortschrittspartei angehöre. Nach einer glänzenden Rede des Rechtsanwalt Träger wurde die Kandidatur Mühlenbeck's von der etwa 600 Köpfe zählenden Versammlung fast einstimmig aufgestellt. Man hofft noch immer, daß das Gros der Nationalliberalen, abweichend von der Erklärung ihrer Stimmführer, mit der Fortschrittspartei stimmen werde, da bei der letzten Reichstagswahl der nationalliberale Abgeordnete Jäger nur durch die eifrige Agitation der Fortschrittspartei gewählt worden ist, auch damals das Abkommen bestätigt ist, daß für den Landtag ein Fortschrittsmann gewählt werden solle.

— **Bielefeld.** Hierselbst fand am 7. September eine zahlreich besuchte Wählerversammlung statt, in welcher unter dem Vorsitze des Herrn Rechtsanwalt Forstmann die bisherigen Abgeordneten Höpker, Niederschabbehard und Windthorst (Bielefeld) Bericht erstatteten und über die Aufgaben der bevorstehenden Session sprachen. Herr Niederschabbehard lehnte eine Wiederwahl entschieden ab, während die beiden anderen Abgeordneten dieselbe eventuell annehmen werden. Windthorst erklärte indeß ausdrücklich, daß nur die Dankbarkeit gegen seine alten Wähler ihn zur Wiederannahme eines Mandats, das er in allen andern Wahlkreisen abgelehnt hätte, bewegen könne. Eine definitive Aufstellung von Kandidaten fand noch nicht statt; es wurde vielmehr ein Komité niedergesetzt, zu dem außer andern Fortschrittsmännern die früheren Abgeordneten Forstmann, Bertelsmann und Kisker gehören, welches die weiteren Wahlvorbereitungen in die Hand nehmen soll.

— **Köln.** In unserm städtischen Wahlbezirke, in welchem bei den beiden letzten Wahlen 1873 und 1876 ein Kompromiß zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei stattfand, in Folge dessen ein Fortschrittsmann und ein Nationalliberaler aufgestellt wurde, haben die Nationalliberalen diesmal den von der Fortschrittspartei präsentirten Kandidaten, Stadtverordneten Hamspohn abgelehnt und beschlossen, neben dem bisherigen nationalliberalen Abgeordneten von Rönne den früheren Kultusminister Dr. Falk aufzustellen. Der Einfluß des Herrn Georg Jung, der den nationalliberalen Wahlaufruf unterschrieben hat, war maßgebend. Da die „Nationalliberale Korrespondenz" selbst über den Mißbrauch, den Freikonservative und Gouvernementale (zu diesen muß man doch wol auch Georg Jung jetzt zählen?) mit dem Namen Falk's in mehreren Wahlkreisen treiben, arg loszieht, so wird die Kandidatur Falk in Köln wol nicht lange bestehen bleiben.

— Der bisher der Landtagsfraktion der Deutschen Fortschrittspartei angehörige hessische Abgeordnete Bromm hat sich jetzt öffentlich von der Partei losgesagt, da er sich zu der Politik des Reichskanzlers bekehrt hat. Schon in der letzten Session, namentlich zu Ende derselben, trennte er sich in mehreren prinzipiell wichtigen Fragen von der Partei, so daß wol nur der Schluß der Session eine weitere Erörterung hinderte. Daß Bromm jetzt mit einem kühnen Sprung über die nationalliberale Partei fort in das konservative Lager setzt, indem er sich nicht blos für Verstaatlichung der Eisenbahnen, sondern auch für Verlängerung der Legislaturperioden und mehrjährige Budgetperioden erklärt, haben freilich seine früheren Parteigenossen wol nicht erwartet.

Viertes Quittungs-Verzeichniß über Wahlfonds-Beiträge.

Für den Wahlfonds resp. die Wahl-Korrespondenz gingen ferner ein: Kfm. Levy, Berlin, Fischerbrücke M. 50. J. Brunnstein, Emmerich M. 5. A. B. in Br. M. 3. Ph. Henschel, Berlin M. 9. G. Z., stud. jur. M. 10. L. Engel, Diez M. 10. Pechtner, Görlitz M. 5. J. M. in B. M. 1. Prof. B. M. 3. Prof. Virchow M. 10. Commerzienrath Haker, Stettin M. 50. Fabrikdir. Lenz, Stettin M. 20. G. Grützmacher, Stettin M. 10. W. D. Stettin, durch die Richtersche Rede zur Fortschrittspartei bekehrt M. 2,65. Emil Aron, Stettin M. 10. C. Rosenbaum, Hagen M. 1,50. R. Fehrmann, Elbing M. 2. Schumann, Bauführer, Berlin M. 5. L. Lonckowsky, Ruß M. -. F. W. Dürholt, Milspe M. 6. Bernhard Cohn, Stettin M. 11. L. Bergfeld, Charlottenburg M. 10. Dr. Herrnstadt, Reichenbach i. Schl. M. 7. Durch Max Nathan, Magdeburg M. 40. J. Jurisch, Luckenwalde M. 2. H. Jaeger, Labiau M. 15. Dr. Ahlmann, Kiel M. 20. R.A. Wenning, Rotenburg a. F. M. 6. Konsul Schläger, Hameln M. 5. F. Kutscher, Berlin M. 3. Kämmerer Knape, Treuenbrietzen M. 10. Dr. Hornig, Oranienburg M. 5. Steindorff, Oranienburg M. 5. Sammlung durch R. Hill, Prenzlau M. 11,60. Gesammelt durch Dr. Reich, Oels M. 9,50. S. in S. M. 1. F. Clever, Eilpe M. 2. Gutsbes. R. Hermes, Wonsin M. 5. W. Ritzel, Bierstadt b. W. und H. Wintermeyer, Wiesbaden zus. M. 20. Privatsammlung durch Dr. N., Berlin M. 62. M. Carstens, Berlin M. 6. Gutsbes. Müllner, Jagodnen M. 10. L. Jaensch, Pankow M. 2. J. Linker, Berlin M. 10. H. Lüdorff, Sprockhövel M. 4. Fortschr. Wahlverein Lüdenscheid durch G. Becker M. 50. Dr. Diesterweg, Wiesbaden M. 20. Gutsbes. W. Ziegler, Paskalwen M. 5. Dr. Thomsen, Eddelack M. 6. Gortzitza, Strasburg M. 3. Grauer, Neiße M. 2. 7 Abonn. in Lötzen M. 7. H. in H. M. 1. A. in M. M. 1. L. F. Oels abzügl. 2 Broschüren M. 1,80. Ostermeyer, Heydekrug M. 5. Jul. Kayser, Trarbach M. 10. Gleinig, Bredauen M. 3. C. Oehlert, Rhinow M. 3. H. Schweiger, Rastenburg M. 3. Th. Grieben, Berlin M. 30. Fortschr. Wahlverein in Ronsdorf b. Haverkampf M. 20. 9 Abonn. in Düsseldorf d. Dr. Rebling M. 9. Diez, Hertlingen M. 10. E. Ohse, Emmerich M. 2. A. C. S. in St. M. 1. Dr. F. in S. M. 1. L. F. M. 2. L. Leder, Guhrau M. 5. Siegfr. Wehlau, Breslau M. 20. O. in B. M. 1. Genuit, Hagen M. 1,50. Aus Ahrensburg M. 9. F. W. Schütt, Berlin M. 50. 9 Abonn. in Potsdam M. 9. Rieß M. 1. Sauerteig, Spandau M. 3. M. in B. M. 1. Dr. C. in N. M. 1. Abg. Gutsbes. Allnoch, Bösdorf M. 5. Abg. Beerbohm, Königsberg i. Pr. M. 10. J. G. S. in H. M. 1. Wilke sen., Guben M. 20. Gutsbes. L. Kirchhoff, Uberwangen M. 10. E. Bierstedt, Berlin M. 3. E. K. Hagen M. 3. F. Schap, Eilpe M. 3. H. Völker, Berlin M. 3. Dr. Uhlig, Deutz M. 10. Justizrath Lange, Königsberg N.-M. M. 5. Gutsbes. Hillmann, Nordenthal M. 5. Abg. Dr. Lutteroth, Hamburg M. 55. 13 Abonn. in Posen durch A. Ziegler M. 13. G. A. Girth, Berlin M. 10. Dr. M. in L. M. 1. S. M. in G. M. 1,50. H. Schaeffer, Dortmund M. 3. Freese, Vater und Sohn M. 2. M. J. Levy, Berlin M. 10. A. Küttner, Eichwerder M. 30. Ges. bei einer Nachsitzung liberaler Urwähler durch R. Löffler, Tilsit M. 25. G Sch. u. C. St. in M. M. 3,25. Jul. Meyer, Elbing M. 3. G. H. Dortmund M. 3. Durch Ad. Bänder, Brieg M. -. Oskar Krüger, Cottbus M. 6. Gesinnungsgen. in Rüdersdorf M. -. Ad. Javislowsky, Kattowitz M. 6. G. Wendt u. E. Brennecke, Berlin M. 6. Saly Seligsohn, Berlin M. 5. Albert Seligsohn, Berlin M. 5. Juristen-Skat M. 8. Referendar Seligsohn M. 5. Reichenbecher, Erkner M. 5. Ewald Brögelmann, Elberfeld M. 4. C. A. in C., A. G. in B., F. M. in H., F. W. in H, P. G. in B., J. C. in O., A. in B. je 1 M.

H. Hermes.

Briefkasten.

Herrn M. in Stettin. Die Berliner Korrespondenz, wonach der bisherige Abgeordnete Schmidt (Stettin) in vielen Spezialitäten des Abgeordnetenhauses von durchschlagender Bedeutung gewesen ist, wird wohl bei den Abgeordneten aller Parteien eine übereinstimmende Heiterkeit erregen. Ob ihn, wie ein Berliner Korrespondent schreibt, die Selbstständigkeit seines Denkens und Handelns zum Austritt aus der Fortschrittspartei genöthigt hat, darüber werden die damaligen Mitglieder der Fortschrittsfraktion des Reichstags allein entscheiden können. Ueber die Geschichte seines Austritts aus der Fraktion finden Sie „Parisius, Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck" Seite 192—197 thatsächliche Aufschlüsse, deren Wahrheit bisher Niemand bestritten hat.

St. in S. Ihre Vermuthung ist begründet. Unter dem Wahlaufruf der nationalliberalen Partei befinden sich auch die Namen von Fortschrittsmännern aus Wahlkreisen, in denen diesmal wie früher die liberalen Kandidaten nur Nationalliberale sind. Unsere Parteigenossen haben, wie uns auf Anfrage Mehrere mittheilen, damit keineswegs gemeint, sich von unserer Partei zu trennen, sondern sie glaubten, weil sie auch diesmal für die nationalliberalen Kandidaten einzutreten entschlossen sind, den Wahlaufruf, in dessen Text kein einziges Mal das Wort „nationalliberal" vorkommt, auch unterzeichnen zu können, ohne dadurch von der deutschen Fortschrittspartei zur nationalliberalen überzutreten.

Gedruckt, verlegt und herausgegeben bei Troitzsch & Ostertag in Berlin, Kommandantenstraße 44.a.